

afrika süd

zeitschrift zum südlichen afrika

G 8253



37. Jg., Nr.6
Dezember 2008



Angola

Botswana

DR Kongo

Lesotho

Madagaskar

Malawi

Mauritius

Mosambik

Namibia

Sambia

Simbabwe

Südafrika

Swasiland

Tansania

SADC

SÜDAFRIKA:

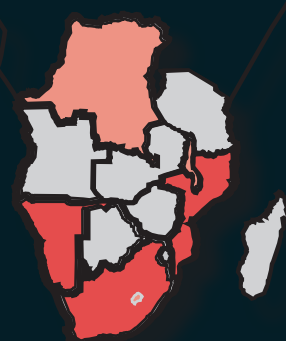
Politisches Erdbeben oder neue Chance?

NAMIBIA:

Geisterdebatte um BIG

MOSAMBIK:

Kommunalwahlen und Biosprit



afrika süd. Gut zu wissen.

Unabhängigkeit ist nicht umsonst

afrika süd ist eine unabhängige Fachzeitschrift. Sie wird von engagierten Menschen getragen und gemacht, denen kritische und kompetente Information über das Südliche Afrika ein Anliegen ist. Viele arbeiten ehrenamtlich, das issa-team erhält eine geringe Bezahlung.

Eine so kleine Zeitung kann sich nicht selbst tragen. Wir sind deswegen auf Spenden unserer Leserinnen und Leser angewiesen – und auf noch mehr Abonnenten.

Unterstützen auch Sie uns – durch ein Abo, Werbung und Spenden!

afrika süd
gegr. 1972 als informationsdienst südliches
afrika, 6 Ausgaben pro Jahr
ISSN 0947-8353

Herausgeberin:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)

Vorstand: Peter Ripken (Vors.), Reinhart Kößler,
Ute Stahl, Henning Melber

Redaktion:
Lothar Berger, Rolf-Henning Hintze, Nikolai
Link, Hein Möllers (verantwortlich), Ringo
Raupach, Brigitte Reinhardt, Ute Stahl

Verlag und Redaktionsanschrift:
issa, Königswinterer Straße 116,
53227 Bonn
Tel.: **02 28/46 43 69**
Telefax: **0228/46 81 77**
E-Mail: **issa@comlink.org**
Internet: **www.issa-bonn.org**

Druck:
LEPPELT Druck + Repro GmbH,
Bonn-Beuel

Bezugsbedingungen:
Einzelheft € 6,- zzgl. Porto;
Jahresabo In- und Ausland € 35,-;
Institutionen und Förderer € 50,-;
Luftpostzuschlag € 8,-
Das Abo kann nach einem Jahr jederzeit gekündigt werden.

Konten (issa):
Postbank Köln 281 210-504
BLZ 370 100 50
Sparkasse KölnBonn 119 000 222
BLZ 370 501 98

Redaktionsschluß der Ausgabe:
10. Dezember 2008

Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach
Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung
wird gern erteilt. Belegexemplare an die
Redaktion.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder.

afrika süd

zeitschrift zum südlichen afrika



37. Jahrgang, Nr. 6 – Dezember 2008



Kleinunternehmer in Namibia

Foto: Dirk Haarmann

3 Wahlmarathon im Südlichen Afrika

Im kommenden Jahr stehen etliche Wahlen im Südlichen Afrika an. Eine Vorschau von
Hein Möllers.

4 aktuell

südafrika

8 Ein politisches Erdbeben

Wie sieht nach dem Rücktritt Thabo Mbekis die Zukunft des ANC aus? Wie, wenn Jacob Zuma im April als Präsident folgen wird? *William M. Gumede* sieht langfristig eine Neugruppierung der politischen Landschaft Südafrikas.

11 Eine neue Chance für Südafrika?

Bei ausländischen Beobachtern steht Jacob Zuma zu Unrecht in schlechtem Ruf, meint

Klaus Frhr. von der Ropp. Zuma habe das Zeug, die Gesellschaft zusammenzuführen und Brücken zu schlagen – auch zu den Afrikanern.

namibia

14 Reale Hoffnungen und eine Geister- debatte

Zu Jahresbeginn ist in Namibia ein Pilotprojekt zum Grundeinkommen BIG gestartet. Im Oktober wurde eine erste Zwischenbilanz vorgelegt, doch der Bericht löste auch Kontroversen aus.
Von *Reinhart Kößler.*

17 Modell Otji

Ein Beitrag zur Problemlösung in der sanitären Grundversorgung Namibias sind Trockentoiletten, wie sie in Otjiwarongo errichtet wurden.
Von *Ali Hensel.*

19 Erinnerungen, Identitäten und Gegenwart

Reinhart Kößler hat die Gedenkfeste der Bondelswarts und Witboois im Süden Namibias besucht.

dr kongo

21 „Wir werden die Menschen des Kongo befreien“

Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Milizen im Osten der DR Kongo haben wieder zugenommen. *Sabine Schulze* berichtet.

ruanda

23 „Das ist meine Geschichte“

HIV-infizierte ruandische Frauen erzählen ihr Leben, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. *Lale Heim* hat mit ihnen gesprochen.

Eine neue Chance für Südafrika?

vor Ende seiner Amtszeit zum Rücktritt gezwungen werden? Diese Entscheidung hätte vorab in den Verbänden und der Mitgliedschaft diskutiert werden müssen. Zu einer innerparteilichen Demokratie gehört auch, dass die Besetzung der wichtigen Posten offen entschieden wird. Das südafrikanische Wahlsystem räumt den Parteivorsitzenden die Entscheidungsbefugnis bei der Kandidatenaufstellung für Parlament, Provinzabgeordneten und Gemeinderäten ein – und nicht der Mitgliedschaft. Das muss geändert werden. Beim jetzigen Auswahlverfahren sehen sich die Kandidaten in erster Linie den Parteibossen und nicht ihrer Wählerschaft oder der Verfassung verpflichtet.

Ebenso vorrangig steht auch ein neues Wahlsystem an, wie es bereits 2004 von einem Team unter Frederick Van Zyl Slabbert erarbeitet wurde, um den einfachen Menschen gegenüber der Partei mehr Einfluss zu gewähren und die Kandidaten stärker auf ihren Wahlkreis zu verpflichten bzw. sie gegebenenfalls nicht wieder aufzustellen.

Zweitens müssen die demokratischen Institutionen, die Gerichtsbarkeit, das Parlament und der Rechnungshof sich stärker engagieren, Demokratie, die Verfassung und ihre Werte zu verteidigen.

Das Gleiche gilt – drittens – für die Organisationen der Zivilgesellschaft, für die Nichtregierungsorganisationen und Medien. Und viertens muss der normale Bürger entschiedener auf seinen Rechten bestehen und Rechenschaft von Regierung und öffentlichen Einrichtungen fordern.

Ein letzter Punkt: Die Oppositionsparteien müssen seriöser werden, wirklich wichtige Punkte aufgreifen, funktionsfähige Ausschüsse aufbauen und kompetente Persönlichkeiten an die Spitze wählen. Das Fehlen einer relevanten Oppositionspartei ist die größte Schwachstelle der noch jungen Demokratie Südafrikas.

Ob es zu einem ersten Bruch im ANC kommt, hängt davon ab, ob Zuma Präsident wird. Wenn Motlanthe den ANC hinter sich scharen, die Demokratisierung voranbringen kann und eine Politik im Interesse der Unterprivilegierten einleitet und als Kandidat in die Wahlen geht, dann werden die Unzufriedenen im ANC bleiben. Wenn sie trotzdem ihrer Partei den Rücken kehren, werden sie ein Legitimationsproblem haben. Mit einem Präsidenten Zuma wächst die Gefahr eines Bruches.

Der Dissidentenpartei wird jedoch nur dann Erfolg beschieden sein, wenn sie eine überzeugende Führung und ein überzeugendes Programm mit den oben genannten Leitlinien vorlegen kann. Ansonsten scheitert sie wie die bestehenden Oppositionsparteien, die im Grunde der aktuellen ANC-Politik lediglich linke oder rechte Varianten entgegensetzen haben.

Auf lange Sicht bekäme es der Demokratie in Südafrika gut, wenn sich die Dreierallianz aus ANC, Cosatu und SACP neu gruppieren würde. Das Ausscheiden Mbekis bietet da eine Gelegenheit. Das hieße letztendlich eine Trennung in eine Mitte-Links-Fraktion und eine Linke. Die derzeitigen Oppositionsparteien hätten in diesem Spektrum ihren Platz auf der Rechten.

Sollte Zuma Staatspräsident werden, würde das Land nicht zusammenstürzen, doch würde es sich weiter dahinschleppen mit Demokratie, Protektion und Entwicklung für die Wohlhabenden und politisch gut Vernetzten, Inseln des Wohlstands für wenige und fortgesetzte Armut und Tyrannei für die Mehrheit. Mbekis erzwungener Rücktritt und der Versuch der ANC-Führung, Zuma auf Biegen und Brechen zum Staatspräsidenten zu machen, haben ein warnendes Erdbeben ausgelöst: Südafrika braucht ein Überdenken seiner Politik. 🐘

Bei ausländischen Beobachtern steht Jacob Zuma in schlechtem Ruf. Zu Unrecht, meint der Autor. Zuma habe das Zeug, die gesplante Gesellschaft zusammenzuführen und Brücken zu schlagen auch zu den Afrikaanern. Deren Verwaltungskennntnisse sind dringend gefragt.

Klaus Frhr. von der Ropp

Vor kaum eineinhalb Jahrzehnten – so die fast einmütige Beurteilung einer nicht nur politisch korrekt argumentierenden Außenwelt – war im äußersten Süden Afrikas ein Wunder geschehen. Heute sind die Nachrichten aus Südafrika sehr andere: Es herrscht allgemeine Niedergeschlagenheit! Sie gipfelten zur Zeit der ausländerfeindlichen Unruhen in den Räumen Johannesburg, Pretoria, Kapstadt und Durban im Mai 2008 in der unsinnigen Schlagzeile einer Berliner Tageszeitung „Wunderland ist abgebrannt“. Südafrika war nie ein Wunderland, und es ist nicht abgebrannt! Es bedarf allerdings sehr starker Führer, eine Implosion abzuwenden.

Der Zeitzeuge erinnert sich hier an die ausgeprägt konstruktive Rolle, die Zuma in der zweiten Hälfte 1994 bei dem (vergeblichen) Versuch spielte, den „Accord on Afrikaner Self-Determination“ in die Tat umzusetzen. Bekanntlich war der Vertrag am 23. April 1994 nach Vermittlung durch US-Botschafter Princeton Nathan Lyman (und seinem britischen Kollegen Sir Anthony Reeve) von Thabo Mbeki und Constand Viljoen unterzeichnet worden. Dies, um das Existenzrecht der Afrikaaner machtpolitisch abzusichern. Es fügte sich gut in die Südafrikapolitik Deutschlands ein, so die Beobachtung des Autors, der zusammen mit dem Iren Martin Cullen an der Zeremonie im Union Building teilnahm, dass die deutsche Regierung diese boykottierte.

Das heutige Südafrika ist mit einer Fülle sehr ernster Probleme konfrontiert, die zu lösen mit einer liberalen Demokratie kaum möglich erscheint. Zumindest die Ursprünge dieser Herausforderungen reichen sehr weit in die Zeit des *ancien régime* zurück: massive, oft strukturelle Arbeitslosigkeit, darüber hinausreichende bittere Armut, die HIV/Aids-Pandemie, eine ebenso blutrünstige, wie oft sinnlose Gewaltkriminalität, das Fehlen jeder rechtsstaatlichen und demokratischen Kultur, ein massiver Ausbildungsnotstand sowie sicher die folgenschwerste Hinterlassenschaft, eine durch die rassistische Vergangenheit verursachte Zerstörung von hunderttausenden von Familien.

Keine Regierung der Welt hätte diese Aufgaben in kaum eineinhalb Jahrzehnten auch nur ansatzweise in den Griff bekommen. Nicht hingegen war unvermeidbar, dass sie seit 1994 massiv ausuferten. Genau das ist jedoch unter den Präsidenten Mandela (1994-1999) und Thabo Mbeki (1999-2008) geschehen. Das Grundübel ist hier, dass Pretoria die öffentliche Verwaltung des Landes zerstörte. Bis 1994 trugen vornehmlich Afrikaaner alle ihre Bereiche. Außer in der Finanzverwaltung unter Trevor Manuel und in der Zentralbank unter Tito Mboweni wurden überall die berufsgerecht ausgebildeten und berufserfahrenen Staatsdiener in ihrer großen Mehrzahl entlassen. An ihre Stelle traten der Allianz von ANC, Cosatu und SACP verbundene Beamte, denen sowohl die entsprechende Ausbildung als auch Erfahrung in der Regel fehlen. Es sind eben nur, wie es im englischsprachigen Teil der Welt heißt, *political appointees*.



Zuma wird auf die Afrikaner zugehen müssen...

Foto: Albert Bredenhann

Katastrophal ist das etwa im Bereich der Polizeiarbeit, der Strafjustiz und der Strafvollstreckung: 18.500 vollendete Morde – über 50 pro Tag –, ungezählte, da unzählbare versuchte Tötungsdelikte, Vergewaltigungen, Raubüberfälle, Entführung von Fahrzeugen (*carjacking*), Hauseinbrüche usw. werden so möglich. Die Masse der Straftaten, das eine Folge von Unfähigkeit und Korruption, bleibt polizeilich unbearbeitet. Wo dies anders ist, sind aus denselben Gründen die Gerichtsverfahren sehr häufig mangelhaft. Und wenn ein Delinquent tatsächlich verurteilt wird, kann er sich häufig gegen Bestechung von Vollzugsbeamten der Strafverbüßung entziehen.

Ferner haben Ineffizienz und Korruption der Beamten an den Außengrenzen es über fünf Millionen Ausländern (vorwiegend aus anderen afrikanischen Ländern) ermöglicht, illegal nach Südafrika einzureisen. Natürlich führte das zu weiterer Arbeitslosigkeit und Kriminalität sowie einem weiteren Ansteigen der HIV/Aids-Pandemie. Das einzige, was an den aus alledem resultierenden fremdenfeindlichen Unruhen überraschte, war, dass sie nicht viel früher ausbrachen und weit mehr Opfer forderten.

Die einschneidende Schwächung der Zollverwaltung führt zum massenweisen illegalen Zustrom von Gütern aller Art aus China, aus der Türkei und anderen Drittstaaten. Es bedarf keiner Ausführungen zu der Frage, welche Folgen die Überschwemmung Südafrikas etwa mit ausländischen Kleidungsstücken für die lokale Produktion hat. Die Folge kann nur weitere Arbeitslosigkeit sein. Schließlich sind diese und andere Schwächen der öffentlichen Verwaltung die Hauptursache für die massenweise Auswanderung von Fachleuten aller Art (keineswegs nur Weißen!) nach Neuseeland, Australien, Nordamerika und Westeuropa. Südafrika droht auszubluten.

Vor allem im ländlichen Raum hat der weitgehende Zusammenbruch der Lokal- und Regionalverwaltung schlimme Folgen für den Alltag. Man beachte nur den Zustand der Nebenstraßen. Eine an Südafrika desinteressierte deutsche Politik übersieht das alles. Nicht übersehen konnte sie drei

andere Entwicklungen: Voraussehbare, aber nicht vorausgesehene Engpässe bei der staatlichen Energieversorgung (Escom) führen dazu, dass bis 2013 ca. 10 Prozent der bisherigen Strommenge nicht mehr zur Verfügung stehen. Und das in einem Land der Bergwerke! Mangels sachkundiger Staatsdiener werden Trink- und Abwassersysteme heute häufig nicht mehr ordnungsgemäß gewartet, geschweige denn repariert. Schließlich wurde der nationalen Fluglinie *Suid-Afrikaanse Lugdiens* kürzlich von der *US Federal Aviation Authority* der Entzug der Landrechte für den Fall angedroht, dass sie ihre infolge Abwanderung qualifizierten Personals sinkenden Sicherheitsstandards nicht wettmache.

Über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde selbst die These der Ministerin für den öffentlichen Dienst, Geraldine Fraser-Moleketi, ignoriert, die Anfang 2008 äußerte, alleine auf nationaler Ebene fehle es an über 42.000 qualifizierten und hochqualifizierten Staatsdienern.

Das neue Südafrika hat insbesondere unter seinem Staatspräsidenten Thabo Mbeki alles daran gesetzt, in- und ausländische Investoren anzuziehen. Weniger für Händler als für Investoren stellt jedoch der Verfall der öffentlichen Ordnung ein großes Hindernis dar. Angezogen fühlen sich zunehmend nur noch „Heuschrecken“. Zudem herrscht in der Geschäftswelt zunehmende Unsicherheit über die künftige Wirtschaftspolitik des seit September 2008 amtierenden Staatspräsidenten Kgalema Motlanthe und seines im Mai 2009 zu wählenden präsidenten Nachfolgers Jacob Zuma. Schließlich wurden sie beide im Dezember 2007 in Polokwane mit massiver Unterstützung der SACP und des ihr heute nahestehenden Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu in die ANC-Führungsgremien gewählt.

Beide haben zwar die liberale Wirtschaftspolitik Thabo Mbekis, Trevor Manuels und anderer mitgetragen, jedoch stößt deren Politik an ihrer Basis zunehmend auf Kritik, da sie der Mehrheit der schwarzen Südafrikaner bestenfalls nichts, oft aber noch mehr Armut gebracht hat. Mbeki und seine Mitstreiter waren in G8-Kreisen, nicht aber in den Townships zuhause. Es bleibt abzuwarten, für welchen Kurs Motlanthe und später Zuma sich entscheiden werden. Sie werden sehr vorsichtig sein müssen! Denn schon, um nur ein Beispiel zu nennen, die Wahl des SACP-Vorsitzenden Gwede Mantashe zum neuen Generalsekretär des ANC wird von vielen Geschäftsleuten als Weichenstellung angesehen werden.

Bei aller Skepsis, mit der die künftige Entwicklung in Südafrika gesehen werden muss, darf nicht übersehen werden, mit welchem Einfühlungsvermögen zumindest ein Teil der neuen Führungsriege des ANC, insbesondere Motlanthe, Zuma und der neue Schatzmeister Matthew Phosa, auf die Afrikaner zugehen. Sie wissen, dass die Klerk in seiner Schwäche sie, um den früheren sozialliberalen Dissidenten



...wenn er nicht ihren Ausstieg riskieren will.

Foto: rogiro/flickr.com

Van Zyl Slabbert zu zitieren, nach Versailles geführt hat. Und sie haben offenbar erkannt, dass sie ihrer dringlich bedürfen, um den Kollaps der Kap-Republik zu verhindern. Es muss dem ANC gegen wahrscheinlich sehr vielfältige Widerstände, vor allem in den eigenen Reihen, gelingen, viele der abgehalfteten Staatsdiener dafür zu gewinnen, in ihre alten Positionen in Polizei, Einwanderungs- und Grenzkontrolle, Zoll, Lokal- und Regionalverwaltung, Gesundheitswesen, Schulwesen auf allen Ebenen, Justiz incl. Strafvollzug und auch in den Streitkräften etc. zurückzukehren. Dies Unterfangen ist umso schwieriger, als viele dieser Positionen, wie geschildert, mit neuem Personal besetzt sind. Dennoch muss der ANC hier Erfolg haben; die Alternative sind kongolesische, sudanesishe oder zumindest nigerianische Zustände.

Hoffnung sollte geben, dass Motlanthe Ende September 2008, also am Vorabend seiner Wahl zum Staatspräsidenten, sich in einer Rede in der Universität Stellenbosch an die Afrikaaner wandte und ihre Bedeutung für das Gelingen des neuen Südafrika mit sehr deutlichen Worten hervorhob. Von Zuma gibt es eine ganze Reihe von Gesten, die seine konstruktive Haltung in den Verhandlungen mit Viljoen Mitte der 1990er Jahre untermauern: Den Besuch in einer Siedlung armer Afrikaaner, den Besuch auf einer Farm, die einem der vielen ermordeten afrikaans Farmer gehört hatte, und Gesten der Wertschätzung gegenüber dem afrikaanssprachigen Parlamentarier Pieter Mulder, dem politischen Erben Constand Viljoens. Auffällig auch die Ansprache, die Matthew Phosa in Afrikaans(!) Ende August 2008 in Pretoria/Tswane vor Anhängern Mulders hielt. Auch er sparte nicht mit Ausdrücken der Wertschätzung für die Afrikaaner und hob ähnlich Motlanthe später in Stellenbosch ihre Bedeutung für das Land hervor. Unter den gegenwärtigen Umständen ist dies ein dringlicher Beitrag zur Stabilisierung eines sehr fragilen Staatswesens.

Anders als den vielen, nach wie vor politisch korrekten ausländischen Beobachtern ist der heutigen Regierungs- und Parteispitze sichtlich klar, dass sie der abgehalfteten Afrikaaner bedürfen, um zumindest zu versuchen, dem Land Stabilität zurückzugeben. Sie müssen sie von der Gewissheit befreien, Fremde im eigenen Land zu sein; m.a.W. ohne einen ganz massiven Minderheitenschutz (*copper-bottomed guarantees of existence*) werden die Afrikaaner ihre Haltung äußerer und, viel häufiger, innerer Emigration beibehalten. Damit wird Südafrika verkommen, ob nun mit oder ohne Fußball-WM-Turnier.

Wie die Lektüre der afrikaanssprachigen Medien (*Beeld, Rapport, Die Vrye Afrikaan* u.a.) sowie die vom *AfriForum*, einer Bürgerinitiative der Gewerkschaft *Solidariteit*, organisierten Protestmärsche zeigen, nimmt auch die Verzweiflung der Afrikaaner zu. Und diese Demonstranten kommen eben nicht nur aus dem reaktionären, sondern auch aus dem konservativen und dem liberalen Lager. Auch in Südafrika kann Verzweiflung über die Unerträglichkeit des Alltags, ja schon der Verlust der Sprache – Afrikaans kann sich unter den gegebenen Umständen nicht neben der Weltsprache Englisch behaupten –, durchaus zu Terror führen. Es wäre ein Wunder, gäbe es hier keine illegalen Waffenlager und potenzielle Terroristen mehr. Es muss nicht bei den dilettantischen Anschlägen der so genannten *Boeremag* von 2002 bleiben.

Als Anknüpfungspunkt kommt nur der bereits erwähnte, von Washington mit Unterstützung Londons zustande gebrachte *Accord on Afrikaner Self-Determination* in Betracht. Bekanntlich wurden seine Kernaussagen später in Art. 235

der südafrikanischen Verfassung aufgenommen, aber eben nicht in die Tat umgesetzt. Wie kann diese Absprache heute ausgelegt werden? Am ehesten wohl im Sinne der Vorschläge, die der spätere Friedensnobelpreisträger Marti Ahtisaari im Auftrag des UN Sicherheitsrates für das Kosovo erarbeitete und Anfang 2007 vorlegte. Denn darin spielen Fragen des Minderheitenschutzes die ganz entscheidende Rolle.

Im Anhang II zu den „Allgemeinen Prinzipien“ des Entwurfs einer Verfassung für das Kosovo wird bestimmt, dass die Angehörigen ethnischer, linguistischer und religiöser Minderheiten außer den allgemeinen Menschenrechten und Grundfreiheiten Gruppenrechte haben. Letztere zielen darauf, dass Minderheiten in multiethnischen Staaten ihre „kulturelle Identität“ bewahren, beschützen und entwickeln können. Das wird unter anderem dadurch ermöglicht, dass auf allen Ebenen Unterricht in ihren Muttersprachen erteilt wird und sie einen Anspruch auf eigene Medien etc. haben.

Von großer Bedeutung ist des Weiteren die von Ahtisaari vorgeschlagene neue Ziehung von Gemeindegrenzen, um sprachlich möglichst einheitliche Gebietskörperschaften zu schaffen (Anhang III). Ferner ist eine Überrepräsentation der ethnischen Minderheiten in den Exekutiv- und Legislativorganen vorgesehen. Zudem haben die Minderheiten im zentralen Parlament von Pristina ein Veto bei Gesetzesvorhaben, die Sprach- und Erziehungsfragen oder die Änderung von Gemeindegrenzen betreffen. Erwähnt sei noch, dass die im Parlament von Skopje vertretenen Parteien, schon im Interesse der Stabilität ihres Landes, sich zugunsten der Minderheiten in Makedonien auf eine analoge Regelung einigten.

Die vom ANC geführte Regierung verfolgt seit 1994 im Bezug auf die Afrikaaner die exakt gegenteilige Politik. Sie beschwört die Existenz einer Regenbogennation, die es schlichtweg nicht gibt. Besonders spürbar ist das Zurückdrängen des Afrikaans im Schulwesen: Wird ein anderssprachiges Kind – worauf es einen Anspruch hat – von einer afrikaanssprachigen Schule aufgenommen, so wird sie automatisch zur Parallel- oder Dual Medium School; längerfristig sind damit die Tage von Afrikaans an dieser Schule gezählt. In den neuen Schulbüchern taucht die Geschichte der afrikaanssprachigen Weißen nur noch in Fußnoten auf. Schließlich hat die Regierung erzwungen, dass alle fünf ehemals afrikaanssprachigen Universitäten heute bilingual sind. Auch hier wird das Englische auf die Dauer das Afrikaanse verdrängen.

Abschließend der Hinweis, dass wie in Mazedonien bereits geschehen und wie für das Kosovo vorgesehen, nach Mai 1994 die Gemeindegrenzen auch in Südafrika neu gezogen worden sind – allerdings mit dem gegenteiligen Ergebnis dessen, was in Südosteuropa im Interesse von Stabilität geschieht: Bewusst wurden die Grenzen so gezogen, dass die Gemeinden heute mehrsprachig sind. Die Zurückdrängung des Afrikaans trifft übrigens auch die 4,2 Mio. „Kapmischlinge“, die in ihrer großen Mehrheit Afrikaans als Muttersprache haben.

Westliche Politik wird gut beraten sein, in dem hier geforderten Sinn auf die südafrikanischen Protagonisten einzuwirken. Andernfalls wird die erstmals 1991 von Breyten Breytenbach geäußerte Furcht „L’Afrique du Sud va bientôt traverser les variantes infinies de la barbarie“ Realität. 🐘

Der Autor lebt in Potsdam und ist freiberuflich mit Entwicklungen im Südlichen Afrika beschäftigt.